



Thüringer Kommunen: niedrigste Steuerkraft

DIE LINKE fordert seit Jahren eine Reform der Finanzverfassung

Bis 2019 werden die Thüringer Kommunen nach der jüngsten Novembersteuerschätzung 2014 mit Steuermehreinnahmen von rund 322 Millionen Euro rechnen können. Dies ist eine Steigerung von fast 20 Prozent.

2014 werden die Thüringer Kommunen nach der Prognose 1.368 Millionen Euro an Steuern einnehmen. Gemessen an den Gesamtausgaben von über fünf Milliarden Euro ist dies jedoch immer noch eine sehr geringe Steuerquote. Im bundesweiten Vergleich haben die Thüringer Kommunen die noch geringste Steuerkraft. Umso größer ist ihre Abhängigkeit vom Land.

Das Land ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Steuerschwäche der Kommunen durch höhere Landeszuweisungen auszugleichen. Die kommunalen Steuern sind in großem Maße von der Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung abhängig. Und weil das Einkommens- und Wirtschaftsniveau in Thüringen im bundesweiten Vergleich noch unterdurchschnittlich ist, sind auch die kommunalen Steuereinnahmen entsprechend gering.

Die wichtigste Steuereinnahme ist die Gewerbesteuer. Sie ist sehr stark gewinnorientiert. Nur jedes sechste Unternehmen zahlt Gewerbesteuer. Die meisten dieser Unternehmen sind

kleine und mittelständische Unternehmen mit 50 bis 500 Beschäftigten. Es folgt der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer. 15 Prozent der Lohnsteuer bleibt in der Gemeinde, in der der Steuerpflichtige wohnt.

Die Grundsteuer bringt rund 220 Millionen Euro in die Gemeindekassen. Über diese Steuer werden die Verkehrswerte der Immobilien besteuert. Die Grundsteuer müssen sowohl die Hauseigentümer als auch die Mieterinnen und Mieter zahlen. Rund vier Prozent der Betriebskosten entfallen auf die Grundsteuer. Auf Bundesebene wird derzeit über eine Reform der Grundsteuer diskutiert. Der Bundesfinanzhof hat die bisherigen Berechnungsgrundlagen für die Grundsteuer verworfen. Wann es zu Neuregelungen kommt, ist aber bisher offen.

Eine weitere kommunale Steuer ist der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer. Hier haben aber die Gemeinden keine Einflussmöglichkeiten. Die Gemeinden erheben zudem eine ganze Reihe von so genannten Aufwands- und Verbrauchssteuern. Hierzu gehören u.a. die Hundesteuer, die Vergnügungssteuer oder die Zweitwohnungs- und Bettensteuer für Übernachtungen. Die Landkreise haben im Übrigen keine eigenen Steuereinnahmen. Sie erheben stattdessen von den kreisangehörigen Gemeinden eine so genannte

Kreisumlage. DIE LINKE fordert seit Jahren eine Reform der Finanzverfassung, um so u.a. die Steuerkraft der Kommunen zu stärken. Jedoch kann eine solche Reform nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Die Länder sind über den Bundesrat beteiligt. Die Kommunen werden jedoch nur angehört.

2007 gab es den letzten Versuch, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu ordnen. Der damalige so genannte „Lübecker Konvent“ ist jedoch vollständig gescheitert. Der Egoismus des Bundes und der Länder ließ keinen Raum für zusätzliche Steuereinnahmen der Kommunen. Es gab nur ein ganz kleines Zugeständnis an die Kommunen: der Bund und die Länder entlasteten die Unternehmen bei der Körperschafts- und veranlagten Einkommenssteuer, um so den Gemeinden größere Möglichkeiten für höhere Gewerbesteuer-einnahmen zu eröffnen. Von diesen Möglichkeiten machten die Thüringer Gemeinden bisher nur mäßigen Gebrauch.

Solange eine solche Reform auf Bundesebene nicht umgesetzt ist, muss das Land über den kommunalen Finanzausgleich eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sichern.

MDL Frank Kuschel ■

Lieberknecht gegen- über der TA: „Neuwahlen schließen wir aus“

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht lehnt eine Neuwahl im Fall eines Scheiterns der rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen ab. Wenn Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow nicht wie geplant zum neuen Regierungschef gewählt werden sollte, bleibe die bisherige Landesregierung geschäftsführend im Amt, sagte die CDU-Politikerin der „Thüringer Allgemeinen“ (Ausgabe vom 13. November).

„Die CDU hat dann die Aufgabe, nach Mehrheiten für eine stabile Regierung zu suchen. Neuwahlen schließen wir aus. Diese können auch nicht gegen den Willen der Union beschlossen werden“, stellte Lieberknecht klar. „Ich stehe weiter zur Verfügung, als Ministerpräsidentin eine Koalition der Mitte zu bilden, damit Thüringen nicht vom linken Rand her regiert wird“, sagte sie weiter.

Zuletzt hatten Kollegen aus ihrer eigenen Partei den Druck auf Lieberknecht erhöht. Die Vizevorsitzende der Landtagsfraktion Christina Tasch forderte sie offen zum Rückzug von der Landesspitze der Partei auf und brachte Fraktionschef Mike Mohring als Nachfolger ins Spiel. Ähnlich äußerte sich der Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Gerd Albrecht.

(siehe auch Beitrag unten) ■

Chaos in CDU wächst - Neben Lieberknecht wird auch Mohring demontiert

Den Verlust der Regierungsmacht vor Augen, brechen in der CDU Thüringen seit langem schwelende Konflikte mit brutaler Gewalt auf. Im Fokus: die Landesvorsitzende Christine Lieberknecht – aber inzwischen auch ihr größter innerparteilicher Feind, der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring.

Offene Rücktrittsforderungen sind in der CDU Thüringen nicht gerade populär. Man liebt den Schein, den Eindruck von völliger Geschlossenheit, der mit der Rigorosität einer Kaderpartei zelebriert wird. Doch nach dem gemessenen am Wahlziel äußerst schwachen Abschneiden bei der Landtagswahl, der Absage der SPD an eine Fortführung des gemeinsamen Bündnisses und dem Beginn von Verhandlungen einer Reformkoalition aus Linker, SPD und Grünen wird nach 24 Jahren der Verlust der Regierungsmacht immer wahrscheinlicher. Auch innerparteiliche

Rücksichten werden jetzt in der CDU nicht mehr genommen.

Neben einigen Kreisfunktionären preschte die stellvertretende Landtagsfraktionsvorsitzende Christina Tasch vor, um Lieberknecht als vermeintlich Hauptverantwortliche für die derzeitige Situation aufzufordern, den Verzicht auf den CDU-Landesvorsitz zu erklären.

**Mike Mohring agiert
immer aggressiver**

Tasch gehört zu einer konservativen Seilschaft um den Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring, man fühlt sich neben der Organisation von dessen weiterem Aufstieg auch dem früheren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Dieter Althaus verpflichtet, den Lieberknecht 2009 unsanft aus dem Rennen drängte, um überhaupt eine Koalition mit der SPD bilden zu können. In der CDU gilt Lieberknecht ihren Fein-

den als zu liberal. Sie selbst wirkt zudem schon seit Jahren extrem entscheidungsschwach. Nach der eigenen politischen Zukunft befragt, äußerte sie jetzt, diese hänge davon ab, ob Rot-Rot-Grün eine Regierung bilde – also nur von externen Faktoren.

Eine aktive Strategie – Fehlanzeige. Selbst die Rochade ihres Vertrauten Christian Carius vom Bauministerium ins Präsidentenamt des Landtags, wohl als eine Art Befreiungsschlag in Form der innerparteilichen Erbregelung gedacht, wurde in der Öffentlichkeit ganz anders aufgefasst – nämlich als Kapitulation der CDU bei der Regierungsbildung.

Mike Mohring wiederum, dem vom rechten Flügel der Parteivorsitz ange-tragen wird, dürfte sich mit einer stärkeren Hinwendung zu rechtskonservativen Positionen wohl verkalkuliert haben. Wo immer er bei dieser politischen Akzentverschiebung eine Landnahme für die CDU reklamieren will,

wird, wie in der Fabel von Hase und Igel, der rechtspopulistische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke schon da sein. Dieses Rennen kann die CDU nicht gewinnen. Sie läuft in ernste Gefahr, zwischen einer neuen Reformregierung und der AfD in die Klemme zu geraten.

Zumal auch Mohring selbst in der eigenen Fraktion nicht mehr unumstritten ist. Der Abgeordnete Stefan Gruhner warf seinem Vorsitzenden vor, der habe „das Klima zu unserem Koalitionspartner systematisch vergiftet“ – und machte also Mohring für die Entscheidung der SPD verantwortlich.

Während sich Generalsekretär Mario Voigt, als Generalsekretär eigentlich qua Amt der Wadenbeißer der Partei, zurückhält, agiert Mohring immer aggressiver. Damit vergiftet er aus Eigen-nutz das politische Klima in Thüringen.

Stefan Wogawa ■